

Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum: Was verursacht schrumpfende Städte in Ostdeutschland?

Von Christine Hannemann

Unabhängig von Lage, Größe, wirtschaftlicher Basis, Geschichte und administrativem Status zeigen sich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Wende besonders in der tief greifenden Veränderung der Städte und Regionen Ostdeutschlands. Schlagworte wie Finanznot, Leerstand und Abwanderung kennzeichnen die aktuelle Problematik. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Perspektive ostdeutscher Städte Gegenstand vielfältiger Debatten. Von den verschiedenen Prognosen jedoch ist nur eine Annahme unwidersprochen: Ostdeutsche Städte »schrumpfen«.

1. Schrumpfende Städte und Regionen – eine allgemeine Tendenz moderner Gesellschaften nach dem Industriezeitalter

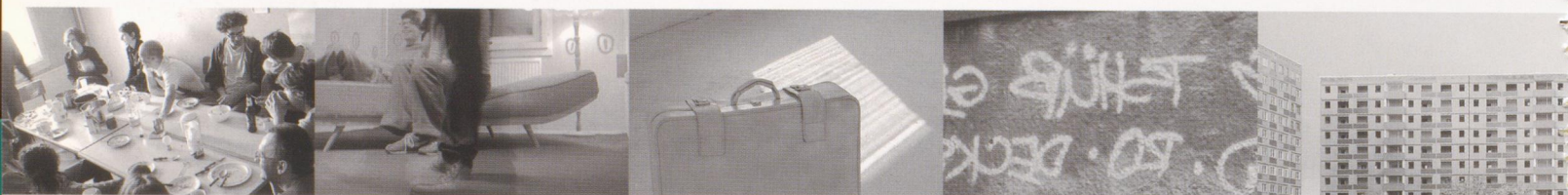
Man sollte allerdings nicht denken, das Phänomen der Schrumpfung von Städten und Regionen sei für die Gegenwart ein völlig unerwartetes und nicht vorhersehbares Ereignis. Der ökonomische Strukturwandel seit den 1970er und frühen 1980er Jahren offenbarte sich am Niedergang traditioneller Industrieregionen. Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung waren Krisensymptome jener Regionen und Städte, die bis dahin als Zentren des industriellen Wachstums galten. Das bis dahin dominierende Produktionskonzept war gekennzeichnet durch die Verbindung tayloristischer Arbeitsorganisation – die Zerlegung der Arbeit in ihre elementaren Bestandteile erhöhte die Produktivität und reduzierte die Qualifikationsansprüche an die Arbeitskräfte – mit der Massenproduktion, als Grundprinzip der fordistischen Industrialisierung. Vor allem die Verschiebung der internationalen Arbeitsteilung, ausgelöst durch den Wandel der so genannten Entwicklungsländer vom Rohstofflieferanten zu Standorten industrieller Massenproduktion, verschärfte den Kon-

Dr. habil. Christine Hannemann, geb. 1960, studierte Rechtswissenschaften und Soziologie in Leipzig und Berlin und arbeitete danach als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der TU Berlin, wo sie 1994 promovierte. Seitdem ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie, und Mitglied in diversen Arbeitskreisen zum Thema »Stadtumbau-Ost/West«. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Stadtsoziologie, Wohnsoziologie, Architektur- und Planungssoziologie, Stadtgeschichte und Frauenforschung.

Aktuelle Forschungsprojekte:

Kleinstädte in Ostdeutschland – Welche Zukunft hat dieser Stadttyp?
»Schrumpfende Städte«, u. a. Theorie und Praxis von Stadtentwicklung bei abnehmender Bevölkerung (Lehrforschungsprojekt)

Kontakt: christine.hannemann@sowi.hu-berlin.de



kurrenzkampf auf dem internationalen Markt standardisierter Massenprodukte. Hatte die Industrialisierung hier seit dem neunzehnten Jahrhundert zu einem explosionsartigen Wachstum städtischer Agglomerationen geführt, so wurde nun eine Implosion dieser Räume konstatiert.¹

Das internationale Wirtschaftsgefüge verschob zum einen die Regionalproportionen und zum anderen das Leitbild anhaltend wachsender (Groß-)Städte in den entwickelten Industriestaaten. Im Karussell politischer Krisendefinition wurde die herkömmliche Polarisierung »Stadt–Land« durch die nunmehr unterschiedlichen Entwicklungstypen städtischer Agglomerationen überlagert.² »Wachstum ist also in Schrumpfung umgeschlagen. Nur noch wenige Städte haben ein stabiles wirtschaftliches Fundament, und der Gegensatz zwischen wachsenden Agglomerationen und sich entleerendem Land scheint geringer zu werden [...]«³, es entstehen »neue Entwicklungstypen von Großstädten«⁴.

Trotz der Offensichtlichkeit des neu entstehenden urbanen Problems hat dies bis Ende der neunziger Jahre keine wesentlichen wissenschaftlichen und politischen Bemühungen ausgelöst. Als 1988 die Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel das Phänomen des weltweiten Niedergangs traditioneller Industrieregionen aufgriffen und für die Stadtsoziologie in dem bekannten Aufsatz »Die Stadtsoziologie und die schrumpfende Stadt«⁵ zusammenfassten und theoretisch diskutierten, inwieweit die klassischen Konzepte der Stadtsoziologie überhaupt die Perspektive des »Schrumpfens« vorsehen, ernteten sie nach eigener Aussage in Politik und scientific community »steinernes Schweigen«. Dabei hatten die Autoren nichts weiter »verbrochen«, als die international konstatierte Krise altindustrieller Regionen und das Auftreten schrumpfender Großstädte mit der Frage zu verbinden, unter welchen Voraussetzungen diese Wachstumsdefizite in eine Strategie der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den strukturschwachen Städten gewendet werden können. Diese Problemformulierung war damals politisch nicht vorstellbar.

Es scheint fast, als habe sich die Stadtforschung über Jahre einem Tabu der Politik unterworfen, die die Beschäftigung mit Schrumpfung als einer »positiven« Zukunftsperspektive für nicht opportun hielt. Angesichts des weitgehend ungebrochenen Festhaltens an der Gleichsetzung von Entwicklung und Wachstum in industriellen und post-industriellen Gesellschaften scheint es berechtigt zu sein, deren ideellen Hintergrund auch in einer

»Wachstumsmentalität«⁶ zu vermuten. Des Weiteren überlagerten ab 1989 die euphorischen Erwartungen, die mit der Wende für urbane und regionale Entwicklungsprozesse diagnostiziert wurden, alle Stimmen, die darauf hinwiesen, dass der »Deindustrialisierungsprozess« auch Ostdeutschland treffen würde.

Angesichts der allgemeinen Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft und der besonders prekären Situation in Ostdeutschland erlebt die Forschung zu schrumpfenden Städten und Regionen zurzeit eine eruptive Ausweitung. Hier wird die Brisanz des Problems durch das fast vollständige Wegbrechen der (ost-)mitteldeutschen Industrieregionen und durch den nicht funktionierenden wirtschaftlichen Strukturwandel besonders deutlich. Langsam erhärtet sich die Vermutung, dass das »Schrumpfen« von Stadtregionen ein neues Muster der Stadtentwicklung in Deutschland zu werden droht.⁷

Der ostdeutsche Soziologe Wolfgang Engler (2001) warnt jedoch zu Recht vor dem durchaus gängigen Denkfehler, dass die deindustrialisierte Gesellschaft des Ostens mit der postindustriellen Gesellschaft des Westens verwechselt werde. Die Ursachen des Schrumpfungsprozesses in den neuen Bundesländern sind nicht in allen Aspekten mit denen in der alten Bundesrepublik gleich gelagert. Die DDR-Zeit hat erstens in den ostdeutschen Städten Systemprobleme hinterlassen, die den Schrumpfungsprozess wesentlich mitbestimmen. Dieser ist zweitens seit 1989 eng verbunden mit den konkreten Bedingungen und Ergebnissen der gesellschaftlichen Transformation in Ostdeutschland. Und drittens ist im Vergleich zu den alten Ländern schlicht der Umfang der betroffenen Städte deutlich größer. Traf es zuerst die im Rahmen der Industrieansiedlungspolitik ausgebauten »sozialistischen Werkstädte«, folgten nach und nach immer mehr Städte Ostdeutschlands unabhängig von Größe, Lage und Geschichte. Lediglich einige Gemeinden im Umland größerer Städte konnten aufgrund von Stadt-Umland-Wanderungsgewinnen eine weniger dramatische Entwicklung verzeichnen. Ausnahmen bilden auch einzelne kleine Städte, die sich ein besonderes Wirtschaftsprofil erhalten oder neu schaffen konnten, und einige der ostdeutschen Landeshaupt- und Universitätsstädte. Und schließlich zeigt sich viertens angesichts der Schrumpfungstiefe und der wirtschaftlichen schwarzen Prognosen, dass anders als in den alten Bundesländern der derzeit noch antizipierte Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nicht die Lösung des Problems sein wird.

2. Die sozialistische Stadt als Hypothek

Die Entwicklung der DDR-Städte vollzog sich unter den Bedingungen einer »sozialistischen Gesellschaft«: Staatliches Bodeneigentum, zentralstaatliche Planung und Stadtverwaltung bestimmten die Entwicklung. Es lässt sich zwar kein konsistentes Konzept einer »sozialistischen Stadt« beschreiben, aber es gibt dennoch Merkmale der sozialistischen Stadtentwicklung in der DDR, die sich aus der – idealtypischen – Differenz zur »kapitalistischen Stadt« begründen⁸: Die Nutzungsstruktur der Stadt sollte sich nicht aus den Verwertungsinteressen privater Grundeigentümer und wirtschaftlicher Großunternehmen sowie anderer Akteure ergeben, sondern aus übergreifenden Gesellschaftszielen, Anforderungen und Bedürfnissen. Die Ausrichtung der Wohnpolitik zielte auf die »Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem« und folgte damit einem alten Ideal sozialreformerischer Bewegung, das die Versorgung der »breiten Schichten der Bevölkerung« mit Wohnraum und die Vermeidung einer sozial segregierten Stadt beinhaltete. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in den Städten und im Verhältnis von Stadt und Land, ausgerichtet an dem postulierten Leitbild der »sozialistischen Lebensweise«, sollte die Reproduktion sozialer Ungleichheit vermeiden.

Hinsichtlich der Stadtstruktur galt das Ideal der kompakten und arbeitsgerechten (werk tätigen) Stadt: Kleinteilige Zersiedlung und damit Suburbanisierung wurde baupolitisch verhindert, indem Stadterweiterungen im Wesentlichen nur als Errichtung industriell gebauter Wohngebiete realisiert wurden. Systemideologie und Baupolitik waren lange Zeit geprägt vom Glauben an die Nichtintegrierbarkeit der historischen Bausubstanz in eine sozialistische Stadtgestaltung und an die Rationalisierungseffekte des industriellen Bauens. Dies führte zu einer Orientierung auf »Neubau« und zur Verwahrlosung der alten Stadt.

Aus heutiger Sicht stellen das Liegenlassen der »alten Stadt«, die Unterfinanzierung der Wohnungswirtschaft und die Austrocknung der kommunalen Selbstverwaltung die größten Probleme dar, die die sozialistischen Stadtpolitiker hinterlassen haben. Zudem differenzierten sich schon unter sozialistischen Bedingungen ostdeutsche Städte in solche aus, die durch die zentralstaatliche Siedlungsplanung der DDR aus wirtschaftlichen, administrativen oder anderen politisch-ideologischen Gründen in der Ressourcen-

zuweisung bevorzugt wurden, und solche Städte, die bewusst nicht in diesen Kreis einbezogen wurden. In den 1960er Jahren waren neben Berlin vor allem ausgewählte industrielle Großvorhaben und entsprechende neue »sozialistische Stadtgründungen« begünstigt worden. Diese Bevorzugungspolitik musste in den 70er Jahren revidiert werden, da der immer stärker werdende Gegensatz zwischen wachsenden Groß- und stagnierenden Kleinstädten sowie die Vernachlässigung des ländlichen Raumes selbst unter DDR-Bedingungen nicht mehr zu vertreten waren.⁹ In der Realität jedoch nahm im Lauf der Jahre, ohne dass sich an der Zentralisierungspolitik Wesentliches änderte, nur die Anzahl der zur Förderung vorgesehenen Städte zu: »Von etwa 15–20 auf 25–27 »Schwerpunktstädte« zu Beginn der 70er Jahre, dann über 42 auf 50 Städte um 1973, [...] auf 113 bzw. 143.«¹⁰ Entsprechend verlief die Bevölkerungsentwicklung. Die Hauptrichtung der Wanderungsbewegungen lief während der DDR-Zeit aus den Dörfern, wenn diese nicht zum sozialistischen Hauptdorf erhoben worden waren, über die Kleinstädte, wenn diese nicht Kreisstadtstatus hatten, dann über die Mittelstädte in die Großstädte.

Kleinstädte hatten im siedlungsstrukturellen Umschichtungsprozess in der DDR-Zeit die größten Einwohnerverluste und verloren an kultureller Anerkennung und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Zudem bewirkte die zunehmende Motorisierung auch in der DDR eine Ausrichtung des Alltagshandelns und der kulturellen Aktivitäten auf größere Städte¹¹ bzw. auf die Hauptdörfer mit ihren Kulturhäusern.¹² Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, wie schon 1985 durch Frank Werner beobachtet, eine Teilung des DDR-Städtesystems in »die kleine und stagnierende Stadt« und »die mittlere und große, wachsende Stadt«.¹³

1 Vgl. Häußermann 1992

2 Vgl. Häußermann/Siebel 1985, S. 33 u. 1986a, S. 14

3 Ebd.

4 Häußermann/Siebel 1986b und 2000

5 Häußermann/Siebel 1988

6 S. a. Hager/Schenkel 2000

7 Vgl. z.B. Hannemann u. a. 2002, S. 263

8 Vgl. auch Häußermann 1995

9 Werner 1985, S. 203; Scherf 1998

10 Werner 1985, S. 205; s.a. Scherf 1998

11 Vgl. Werner 1985, S. 211f.

12 Vgl. Scherf 1998, S. 195

13 Ebd., S. 372f.

3. Die transformierte Stadt: Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik veränderten sich die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung Ostdeutschlands massiv: durch die Wiedereinführung von Privateigentum an Grund und Boden, die Privatisierung volkseigener und genossenschaftlicher Mietwohnungen bei gleichzeitiger Restitutionspolitik nach dem Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« sowie durch die Alt-schuldenregelung für DDR-Wohnungsunternehmen und die Re-etablierung der kommunalen Selbstverwaltung bei gleichzeitigem Austausch der lokalen Eliten.¹⁴ Dazu kamen hohe Steuervergünstigungen für Investitionen in ostdeutsche Immobilienprojekte und eine schwerpunktsetzende Subventions- und Förderpolitik von Bund und Ländern gegenüber den Städten und Gemeinden. Die politischen Initiativen zur städtischen Rekonstruktion nach der Vereinigung gingen dominant von den staatlichen Instanzen aus und erzeugten in den Kommunen einen hohen Anpassungsdruck an die Vorgaben aus zentralen Förderprogrammen. Dadurch wurden bestimmte »Moden« in allen Gemeinden gleichermaßen umgesetzt, z. B. die Sanierung der DDR-Neubauegebiete wie auch Förderung des Wohnungsneubaus außerhalb der städtischen Kerne ohne Analyse des ortsspezifischen langfristigen Wohnbedarfs, bis hin zu einer flächendeckenden »Ästhetisierung« des öffentlichen Raumes mit den immer gleichen Lampen, Betonsteinen und Isolierfenstern.

Deökonomisierung

Alle Veränderungen in den Rahmenbedingungen stehen jedoch im Bann der »Deindustrialisierung«. In der Diskussion um Ursachen, Ausmaß und Folgen der allgemeinen Krise globalisierter Wirtschaftsentwicklung mit stagnierendem Wachstum wird dieser Begriff in zwei Zusammenhängen verwendet. Zum einen bezeichnet er die Tertiärisierung der Produktion (Übergang von der verarbeitenden Produktion zur Dienstleistung), zum anderen aber auch den Rückgang traditioneller Produktionsbereiche ohne deren Ersatz durch moderne Dienstleistungen oder andere Gewerbe des tertiären Sektors. Doch auch in dieser doppelten Bedeutung trifft dieser Begriff Ausmaß, Inhalt und Resultat des wirtschaftlichen Strukturwandels und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosigkeit, demographischen Entwicklung und urbanen Rückbildungsprozesse in den neuen Bundesländern nur unzureichend: »De-LPGisierung« (Dekollektivierung der Landwirtschaft), »De-Administrierung« und »De-Militarisierung« sind gleichermaßen Prozesse mit erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Städte in Ostdeutschland. Ein Beispiel von vielen: Die wirtschaftliche Basis der mecklenburgischen Kleinstadt Teterow bildeten vor der Wende u. a. ein Panzerreparaturwerk, ein Kleiderwerk zur Produktion von NVA-Uniformhosen und Landwirtschaft. Außerdem war Teterow Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Heute existieren von diesen Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsfunktionen allenfalls Restbestände. Eine »Tertiärisierung der Produktion« hat nicht stattgefunden. Die Stadt Teterow versucht mit der Ansiedlung von Unternehmen der Biotechnologie eine grundsätzliche Neudefinition der wirtschaftlichen Basis, deren Erfolg zurzeit äußerst ungewiss ist.

Der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie – also die Deindustrialisierung – ist der folgenreichste und schwerwiegendste Vorgang für die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte. »In der Industrie (einschließlich Bergbau sowie Energie- und Wasserversorgung) waren in den letzten Jahren der DDR (Jahresdurchschnitt 1989) fast 3,8 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt, hingegen 1993 nun mehr 1,3 Millionen. [...] Auf die Industrie entfielen im Saldo 70 Prozent des Arbeitsplatzabbaus im Gefolge der deutschen Einheit.«¹⁵ Die eruptive Marköffnung, ein Umtauschkurs, der weit über der Kaufkraftparität lag, und eine erste Annäherung von Löhnen und Gehältern an das westdeutsche Niveau verursachten den »Abschmelzungsprozess« an

Arbeitsplätzen.¹⁶ Der Industriesoziologe Rudi Schmidt hat bei der Rekonstruktion dieses Vorgangs den engen Zusammenhang von Treuhandpolitik und Wirtschaftsbesatz in Ostdeutschland analysiert. Auch bei ausgewogener Betrachtung aller Zwänge und Notwendigkeiten, denen diese Politik unterlag, so seine Einschätzung, war es die Treuhandpolitik, die die Modernisierung der ostdeutschen Industriebetriebe bzw. der -struktur eher behindert als gefördert hat.¹⁷

Die Landwirtschaft war für viele Städte im ländlichen Raum nach der Industrie die wichtigste wirtschaftliche Basis. Immerhin betrug der Arbeitskräftebesatz in der Landwirtschaft der DDR am 30. September 1985 850 000 Erwerbstätige, d. h. er war etwa doppelt so hoch wie in dem bevölkerungs- und flächenmäßig viel größeren früheren Bundesgebiet.¹⁸ Wie in den anderen Wirtschaftsbereichen war der Anpassungsdruck an die ostdeutsche Landwirtschaft enorm, nur dass hier der Beschäftigungsrückgang zwischen 1989 und 1993 fast 80 Prozent, und damit den größten Arbeitsplatzverlust aller Wirtschaftsbereiche, verzeichnete.¹⁹ Die Umstrukturierung der LPG zu privatwirtschaftlichen Unternehmen ist zwar wesentlich erfolgreicher gelungen als etwa im Industriebereich, aber der Aufstieg erfolgreicher – EU-Subventionssysteme ausschöpfender – Ostagrarunternehmen erfolgte bei gleichzeitigem dramatischen sozialen Abstieg von Regionen, die bis zur sozialökonomischen Verödung reicht.²⁰ Die Landwirtschaft ist heute kaum noch die wirtschaftliche Basis einer Stadt.

Außerdem war die DDR, gemessen an ihrer Größe, im Übermaß von Militär und paramilitärischen Organisationen und Institutionen besetzt.²¹ Die »bewaffneten Organe« in der DDR, so die Nationale Volksarmee, die Grenztruppen, die Staatssicherheit, wie alle anderen paramilitärischen Organisationen und die hohen Kontingente der Sowjetarmee, wurden zur wirtschaftlichen Basis vieler Regionen und Städte, indem sie nicht nur Arbeitsplätze für Militärs und Zivilangestellte bereitstellten, sondern auch Dienstleistungen aller Art nachfragten. »Dabei gab es auch in diesem Bereich erhebliche regionale Unterschiede, die aus der Konzentration militärischer Einrichtungen auf die Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder), insbesondere im Berliner Raum sowie den Grenzstreifen zur Bundesrepublik und den Nordraum herührten.«²² Insbesondere kleinere Städte in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt hatten bedeutende Anteile an »bewaffneten Organen« als Grundlage der

Stadtwirtschaft. Die fortlaufende Schließung und Zusammenlegung von Dienstposten der Bundeswehr infolge der »strategischen Neuausrichtung der Streitkräfte« setzen diesen Abbau von Arbeitsplätzen, die an Militäreinrichtungen gebunden sind, fort. In deren Ergebnis werden »die regionalwirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen stark zu Buche schlagen«.²³

Zwar mit deutlich geringerem, so doch nennenswertem Anteil gehört zu der besonderen Form der Schrumpfung in den neuen Bundesländern der Abbau der administrativen Strukturen und Institutionen der DDR. Diese »De-Administrierung« betrifft zum einen den Statusverlust als Bezirks- und Kreisstadt, den viele Städte hinnehmen mussten, und zum anderen den damit verbundenen umfangreichen Arbeitsplatzabbau, der durch die Liquidation der politischen Führungsstrukturen und die Abschaffung der DDR-Massenorganisationen noch verstärkt worden ist. Insgesamt ist die Entwicklung der Städte in Ostdeutschland von Funktionsverlusten und wirtschaftlichem Strukturabbau gekennzeichnet. Zentrales Problem der ostdeutschen Städte ist nicht die Transformation der wirtschaftlichen Basis, sondern ihre weitestgehende Erosion. In Folge dessen entstanden eine hohe Arbeitslosigkeit und eine stagnierende bzw. rezessive Wirtschaftsentwicklung, die bis zum jetzigen Zeitpunkt anhält.

14 Vgl. Häußermann 1995 und 1996

15 Lutz/Grünert 2001, S. 142

16 Ebd., S. 139f.

17 Schmidt 2001, S. 173f. Angesichts der hochgradig industrialisierten Landwirtschaft der DDR scheint es auf den ersten Blick plausibel, den Prozess des wirtschaftlichen Strukturwandels in diesem Bereich auch unter den Deindustrialisierungsbegriff zu subsumieren. Dagegen sprechen überzeugend die genossenschaftliche Eigentümerstruktur in der DDR-Zeit und die starke Eigendynamik des Transformationsprozesses im Agrarsektor, die Transformationselemente unterscheiden sich stark von denen der Industrie. Vgl. Land 2000, S. 211f.

18 Vgl. BMELF 1992, S. 5

19 Lutz/Grünert 1996, S. 108; s. a. Pollack 1999, S. 1468ff.

20 Vgl. Land 2000

21 Bluhm 1997

22 Menge 1998, S. 169

23 Vgl. Standortkonzept 2001, S. 9

Seit 1991 nahm die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ständig zu, um seit etwa 1997 relativ konstant bei 18–19 Prozent der Erwerbsbevölkerung zu verharren. Seitdem bleibe die offizielle (registrierte) Arbeitslosigkeit immerhin stabil, so heißt die euphemistische Wertung im zitierten Gutachten.²⁴ In Folge dessen charakterisieren hohe Sozialleistungen bei geringem Steueraufkommen und eine starke Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen das sozioökonomische Profil der ostdeutschen Städte.

Aufgrund der Analyse des ökonomischen Wandels, der nicht nur, wie dargestellt, durch Deindustrialisierung verursacht wird, sondern einen allgemeinen wirtschaftlichen Strukturabbau beinhaltet, wurde zur Kennzeichnung dieses Prozesses vorgeschlagen, treffender von der »Deökonomisierung« zu sprechen. Die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte ist weitgehend frei von »Marktwirtschaft«. Schaut man sich die defizitären Haushalte der ostdeutschen Städte an, wird offensichtlich, dass diese überwiegend von Transferzahlungen getragen werden. Selbst-erwirtschaftete Einnahmen von der Gewerbe- bis zur Hundesteuer haben einen verschwindend geringen Anteil.

Depopulation

Aber nicht nur der Prozess der Deökonomisierung ist Merkmal schrumpfender Städte in Ostdeutschland. Hinzu kommt als weiteres dramatisches Problem der Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitiger -alterung in den Städten: Dieses Merkmal resultiert aus dem Abwanderungsprozess der jungen, qualifizierten Bevölkerung in die alten Bundesländer, vorwiegend als Erwerbswanderung. Desgleichen spielen Zuwanderungsprozesse aus dem Ausland für Ostdeutschland keine Rolle. Zum anderen kam es in Folge der Wendeereignisse zu einem extremen Rückgang der Geburten. Innerhalb von sechs Jahren, von 1988 bis 1994, sank die Zahl um 60 Prozent. Zwischenzeitlich stieg ihre Anzahl wieder an, kompensiert jedoch bis heute nicht die Sterberate.

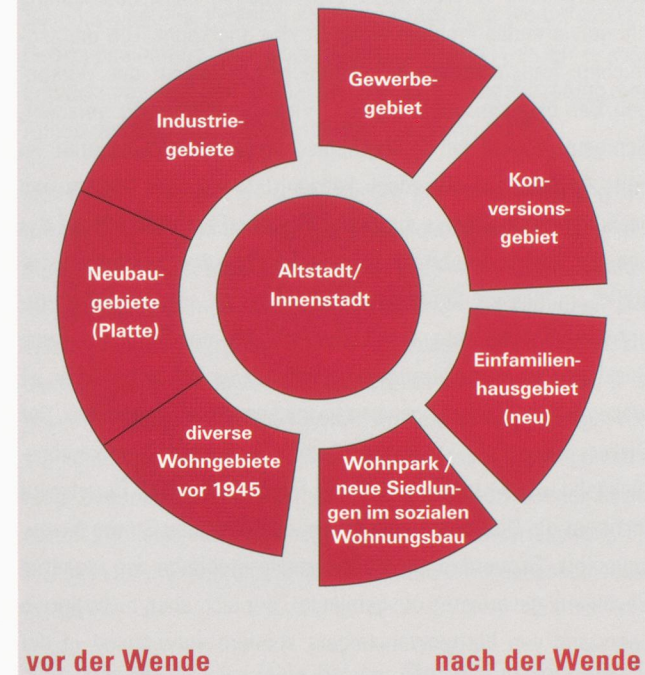
Die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung verlaufen schwerpunktmäßig von Ost nach West, und das siedlungsstrukturelle Gefälle in Ostdeutschland wird verstärkt. Schließlich bewirkt der ausbildungs- und erwerbsbedingte Abgang der jungen Bevölkerung in Ostdeutschland bei gleichzeitiger Zunahme der Lebenserwartung in den neuen Ländern eine Alterung der Bevölkerung.²⁵

Sub- und Deurbanisierung

Noch ein weiterer Prozess bestimmt den sozialräumlichen Wandel: Seit der Wende lassen sich in und aus den ostdeutschen Städten selektive Mobilitätsprozesse beobachten, die teilweise Mustern folgen, wie sie westdeutschen Städten entsprechen.²⁶ Entscheidende Merkmale der Wohnungsmobilität sind die Wohnungsverordnung entsprechend der Lebenszyklusphase sowie die Verbesserung des Wohnstandards: die meisten vergrößerten ihre Wohnfläche, verbesserten die Wohnungsausstattung und den Wohnungsschnitt. Ob dieses Muster generell so gilt, wird fraglich, wenn in Betracht gezogen wird, dass das Ausmaß an Segregation und Gentrification, so belegen es Harth, Herlyn und Scheller am Beispiel von Magdeburg (1998), bisher weit hinter den westdeutschen Städten zurückbleibt. Die Städte in den neuen Bundesländern unterliegen Suburbanisierung und Deurbanisierung als dominierendem Prozess des sozial-räumlichen Wandels. Einer der wichtigsten Gründe ist darin zu sehen, dass durch den jahrzehntelangen Verfall der Innenstädte diese als Wohnstandorte nicht mehr attraktiv sind. Die notwendige Sanierung der historischen Bausubstanz in den Innenstädten verzögerte sich lange aufgrund von Restitution, ungeklärter Eigentumsverhältnisse und fehlendem Eigenkapital der privaten Hausbesitzer. Verschärft wurde diese stagnierende Entwicklung durch staatliche Förderung der Neuerschließung und -bebauung von Flächen außerhalb der Innenstadt. In Folge entstanden neue städtische Räume wie Gewerbegebiete, subventionierte Wohnparks und Kleinhaussiedlungen, die eine Ausweitung der städtischen Flächen bei sinkender Nachfrage bewirkten (vgl. Abbildung).

In den ostdeutschen Stadtregionen ist die Wohnsuburbanisierung das dynamisierende Element der Stadtregionenentwicklung. Nach einer extrem hohen Dynamik der Stadt-Umland-Wanderungen zu Beginn der 90er Jahre, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1996/1997 erreichte, hat sich der Prozess Ende der 90er Jahre inzwischen deutlich abgeschwächt. Die Wohnsuburbanisierung erfolgt zudem unter demographischen Schrumpfungsbedingungen, so dass nicht nur die Städte, sondern auch die Stadtregionen insgesamt deutliche Bevölkerungsverluste erlitten, welche im Gegensatz zu den alten Bundesländern nicht durch Zuwanderungen ausgeglichen werden können.²⁷

Strukturmodell Stadt in Ostdeutschland



Strukturmodell der Städte in Ostdeutschland
Quelle: Entwurf Christine Hannemann;
graphische Umsetzung Rebecca Streck

Die außergewöhnlich hohen Fortzüge aus den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) zu Beginn der 90er Jahre haben sich in den folgenden Jahren rasch verringert. Gleichzeitig stieg die Zahl der Zuzüge aus den alten Bundesländern, so dass der negative Wanderungssaldo der neuen Bundesländer von etwa –170 000 (1991) auf –10 500 (1997) deutlich sank. Seit 1997 jedoch erhöht sich die Anzahl der Fortzüge aus den neuen Bundesländern wieder, während die Anzahl der Zuzüge in diese leicht zurückgeht bzw. stagniert. Die Wanderungsverluste der neuen Bundesländer zeigen sich besonders deutlich, wenn man den Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner betrachtet: danach ergab sich allein 1999 für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost ein Wanderungsverlust von 3 Personen je 1 000 Einwohner.²⁸

Diese Verschränkung von Fern- und Stadtumlandmigration bei gleichzeitiger Erschließung großer Randlagen ist mehr als bloße Suburbanisierung. Sie führt zu einer Reorganisation des gesamten Raumes, die man insgesamt als Deurbanisierung bezeichnen kann. War für die DDR eine kompakte Stadtentwicklung charakteristisch, so sind jetzt Dekonzentration und Dispersion die zentralen Elemente der raumstrukturellen Entwicklung. Diese Entwicklung wurde zunächst seit Anfang der 1990er Jahre durch die Ansiedlung von rand- und/oder außerstädtischen großflächigen Einzelhandelseinrichtungen und die Ausweisung von Gewerbegebieten in Gang gesetzt. Seit Mitte der 90er Jahre lässt sich eine weitere Ausweitung dieser stadtstrukturellen Dispersion beobachten. Die Stadt-Umland-Wanderung ist kein neues Phänomen der Stadtentwicklung, aber sie erfolgt in Ostdeutschland in einer neuen Größenordnung und mit einer erheblichen Beschleunigung, und sie wirkt sozial selektiv. Die neuen Wohnangebote werden vor allem von Besserverdienenden und jenen, die die Bausparförderung nutzen können, wahrgenommen. Es entstehen sektoral und räumlich ausdifferenzierte Wohnungsteilmärkte innerhalb der Stadtregionen, die mit einer beträchtlichen sozialräumlichen Restrukturierung der Wohnbevölkerung verbunden sind.

²⁴ Vgl. ebd., S. 23/24.

²⁵ Bucher 1996; Bucher/Kocks 1999.

²⁶ Harth u.a. 1998.

²⁷ Vgl. Aring/Herfert 2001, S. 43ff.

²⁸ Vgl. Kommission 2002, S. 23f.

Folgt man den amtlichen Bevölkerungsprognosen, so wird diese »Umverteilung« der Bevölkerung und der Flächen in den nächsten Jahrzehnten weiter voranschreiten: Bis 2025 – so schätzen diese Annahmen – werden die ostdeutschen Städte bis zu 25 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren.²⁹ Es entstehen neuartige Stadtregionen, die in mehr oder weniger zusammenhängende Teilgebiete zerfallen. Daneben ist die Entwicklung einer großflächigen Ausdehnung von Städten aufgrund von weiträumigen Eingemeindungen zu beobachten.

Nicht zuletzt gibt es eine Tendenz zur Verlagerung regionaler Dominanzen in städtische Randgebiete mit der Folge der Innenstadtverödung. Die für sie charakteristische Konzentration von öffentlichen Einrichtungen, Geschäftsleben und Veranstaltungen ist heute in vielen ostdeutschen Städten auf ein Minimum reduziert. Insbesondere der Durchgangsverkehr hat zu »Unwirtlichkeit« von Innenstädten und Innenstadtrandbereichen für die Wohnbevölkerung geführt. Der Verkehrslärm, so ergab die Untersuchung »Wohn-Ort-Innenstadt« aus dem Jahre 2000, ist das Haupthindernis für das Wohnen in der Innenstadt. Belastung der Innenstadt und Wohnen im Umland sind als Folgen der Politik das Gegenteil der offiziellen Planungsstrategie. Diese sich öffnende Schere zwischen Politikfolge und Planungsziel versucht man mittlerweile realistisch als eine neue Form städtischer Siedlung, als »perforierte Stadt« zu typisieren. Ein planerischer Lösungsweg ist damit nicht benannt. Der Verlust an räumlicher Dichte, der durchaus Qualitäten des Wohnens befördern kann, wird erkauft mit einer kaum tragbaren Ausdünnung der sozialen und kulturellen Infrastruktur.

4. Fazit: Schrumpfende Städte als ein neuer Normalfall

Noch immer wird der Schrumpfungsprozess in der beschriebenen Verschränkung verschiedener Problemlagen nicht durchgängig als gravierendes Problem vieler Städte anerkannt. Die umfangreichen Transferzahlungen überdecken teilweise die Wirkungen der ökonomischen Erosion. Vielfach wird noch versucht, Schrumpfung auf den demographischen Faktor zu reduzieren. Im Falle Ostdeutschland jedoch konzentriert sich die Debatte um »schrumpfende Städte« auf der politischen Ebene aktuell auf das von der Bundesregierung aufgelegte Programm »Stadtumbau-Ost«³⁰, in dessen Kontext von 262 Städten integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung der Förderung von Rückbau und Abriss erarbeitet wurden. Das Programm aber ist wesentlich auf wohnungswirtschaftlichen Druck entstanden. Der Diskurs dazu folgt – stark vereinfacht – der Formel: Bevölkerungsrückgang = Leerstand = »Platte« = Rückbau (Abriss). Damit wird nicht nur die Deökonomisierung der ostdeutschen Städte eingeklammert. Es werden auch gravierende Probleme des rasanten Bevölkerungsverlustes ausgeblendet, der sich eben nicht nur im Leerstand von Plattenwohnungen, sondern vorwiegend in der Verödung der Innenstädte zeigt und der mit einer dramatischen demographischen Alterung der Stadtbevölkerung gekoppelt ist. Nicht nur der prognostizierte absolute Bevölkerungsrückgang, sondern auch die Bevölkerungszusammensetzung und die Haushaltsstrukturen signalisieren mittel- und langfristig Handlungsbedarf. Bedeutsam ist hier die Zunahme der Einpersonenhaushalte insbesondere in den Großstädten. Die traditionelle Kernfamilie wird zunehmend zur Minderheit. Außerdem geriert die Verschiebung der Altersstruktur einen dramatischen Wandel der städtischen Bevölkerung, der Altersdurchschnitt der StadtbewohnerInnen wird sich deutlich erhöhen, wie es demographische Hochrechnungen nahe legen. Durch den Rückgang der Kindergeneration muss von immer weniger familiären Unterstützungssystemen für ältere Menschen ausgegangen werden.

Der Wohnungsleerstand in den Neuen Ländern ist angesichts seiner Überdimensionalität nicht mehr als vorübergehende Erscheinung zu verstehen. Die prognostizierte steigende Anzahl der Haushalte kann ihn genauso wenig kompensieren, wie die EU-Osterweiterung ihn regulieren wird. Vielmehr ist er zu einem deutlichen Zeichen für eine auf Dauer gestellte Entwicklung geworden.

Doch auch das Konstatieren leerstehenden Wohnraums reicht als Zustandsbeschreibung schrumpfender Stadtentwicklung nicht aus. Ein solches Verständnis engt die Entwicklung von produktiven Umgangsweisen mit diesem neuen Phänomen der Schrumpfung ein. Vielmehr müssen Ursachen in weitreichender Deökonomisierung und Depopulation verortet werden – eine Entwicklung, die von Globalisierung bzw. Europäisierung und Abbau des deutschen Sozialstaates überlagert wird.

»Schrumpfende Städte« sind, so die ironische Wendung der Dramatik durch eine Berliner Architektengemeinschaft, der »prosperierendste« Stadttyp Deutschlands. Die »verlassene Stadt«³¹ ist innerhalb weniger Jahre mit möglichen 2,3 Millionen Einwohnern zur zweitgrößten Stadt Deutschlands aufgestiegen. Die neue Qualität der Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland ist gekennzeichnet durch die Konvergenz und wechselseitige Verstärkung verschiedener Rückbildungsprozesse. Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung erzeugen wie der Abbau sozialstaatlicher Auffangmechanismen eine Abwärtsspirale, die als strukturelle Schrumpfung alle städtischen Lebensprozesse erfasst.

Seit Ende der 1990er Jahre hat der Schrumpfungsprozess die Aufmerksamkeit von Stadtforschung und -planung, Städtebau und Architektur gefunden. Ein neuer Diskurs begründet ein neues Forschungs- und Praxisfeld. Der Umgang mit aufgegebenen Stadtregionen der Industriegesellschaft wird daher in Ostdeutschland in einer Laborsituation erforscht, deren Ergebnisse auch in den westlichen Industrieregionen relevant sein können.

Ostdeutsche Städte stehen für eine Stadtentwicklungsoption, für die es keine bewährten und belastbaren Problemlösungsstrategien gibt. Stadtentwicklung ist in Deutschland wie in Europa auf die Steuerung von Wachstum und die Erneuerung von Bestehendem eingespielt. Hierfür existieren Regelungen und Instrumente, die seit vielen Jahrzehnten als verlässlich erachtet werden. Letztlich offenbart sich bei der Auseinandersetzung mit den Schrumpfungsprozessen in Ostdeutschland das Dilemma eines Modells von Ökonomie und Gesellschaftsentwicklung, das nur auf Wachstum basiert. Ein Dilemma, das auf konstitutiv problematische Strukturen der westlichen Moderne verweist, wie sie etwa im sozialwissenschaftlichen Diskurs über »Kontinuitätsbrüche der Moderne« in den 1980er Jahren Gegenstand

waren. Die damals geführte Debatte um Symptome, Missbildungen und Prognosen des Übergangs von der modernen zur »post-modernen« Gesellschaft diskutierte, angesichts der politischen und ökonomischen Krisenerfahrungen, »Modernität« auch als hochgradig prekäres Entwicklungsziel. Der Politologe Claus Offe hat in diesem Diskurs explizit auf das Phänomen der Unumkehrbarkeit als konstitutives Problem der Moderne aufmerksam gemacht. Allein schon wegen der Höhe der Investitionsmittel sei in soziotechnischen Systemen wie z.B. einer Autobahn (oder der Gewerbegebieterschließung in jeder noch so kleinen ostdeutschen Siedlung – CH), so Offe, ein außerordentlicher Revisionswiderstand sozusagen eingebaut. Ein Autobahnbau eröffne eine Vielzahl von Optionen, verschließe jedoch für alle relevanten Zeithorizonte eine entscheidende Option, und zwar auf sie auch verzichten zu können.³² Im Zusammenhang mit der Schrumpfungsdebatte bekommt dieser Gedanke eine neue, wenn auch anders gelagerte Aktualität. Nunmehr müssen angesichts des eklatanten Schrumpfungsproblems zwingend Antworten auf das Phänomen der Unumkehrbarkeit gefunden werden. Eine »Null-Option«, d.h. die Weigerung, sich mit diesem Problem auseinander zu setzen und sich für Handlungen zu entscheiden, die über den simplen Abriss von Plattenbauten hinausreichen, ist politisch, ökonomisch, kommunal und vor allem sozial nicht mehr akzeptabel. Der Diskurs zum Stadtumbau-Ost und -West wird hier wichtige Erfahrungen und Orientierungen entwickeln.

29 Vgl. Krautzberger 2001, S.40

30 Die Brisanz der städtischen Schrumpfungsprozesse evozierte Anfang 2002 die politisch-administrative Ausweitung des Problemraumes auch auf die alten Länder: Die Mittel der Städtebauförderung wurden nunmehr so strukturiert, dass »neben den Mitteln für die Städtebauförderung West erstmals zusätzlich Mittel für den Stadtumbau in den alten Bundesländern bereit stünden. Im Bundeshaushalt 2002 sind 15 Millionen Euro für Pilotprojekte in den westlichen Ländern ausgewiesen. Sie seien Teil eines Forschungsvorhabens, in dem untersucht werden soll, inwieweit auch dort infolge des Strukturwandels ein Stadtumbauprogramm erforderlich ist.« BMVBW 2002, o.S.

31 Kohl u. a. 2002: o. S.

32 Vgl. Offe 1986, S.104

Literatur:

Aring, Jürgen; **Herfert**, Günter; 2001: Neue Muster der Wohnsuburbanisierung. In: Brake, Klaus u.a. (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen: Leske + Budrich, S. 43–56 **II** **BMELF**, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Referat Öffentlichkeitsarbeit; 1992: Zur aktuellen Entwicklung der Agrarwirtschaft in den neuen Ländern – Bilanz und Ausblick. Bonn **II** **BMVBW**; 2000: Bericht der Kommission »Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern« im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin **II** **BMVBW**; 2002: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Pressemitteilung Nr. 020/02 vom 28. Januar 2002: <http://www.bmvbw.de/cms-aussen-spezial/externalViews/ExternalViews.jsp?contentId=7836&printView=true> **II** **Bucher**, Hansjörg; **Kocks**, Martina; 1999: Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose der BBR bis zum Jahr 2015. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 11/12, S. 755–772 **II** **Bucher**, Hansjörg; 1996: Der Geburtenrückgang in den neuen Ländern. In: Heinritz, Günter (Hrsg.): Raumentwicklung und Sozialverträglichkeit. 50. Deutscher Geographentag Potsdam. Stuttgart: Steiner, S. 9–20 **II** **Engler**, Wolfgang; 2001: Friede den Landschaften! Zur politischen Geographie Ostdeutschlands. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, S. 872–879 **II** **Hager**, Frithjof; Schenkel, Werner; 2000: Einleitung. In: Schrumpfung: Chancen für ein anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften. Berlin: Springer, S. 3–8 **II** **Hannemann**, Christine u.a.; 2002: Neue Länder – Neue Sitten? Fazit und Forschungsfragen. In: dies. u.a.: Neue Länder – Neue Sitten? Berlin: Schelzky & Jeep, S. 255–261 **II** **Harth**, Anette u.a.; 1998: Segregation in ostdeutschen Städten. Opladen: Westdeutscher Verlag **II** **Häußermann**, Hartmut; 1992: Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen. In: ders. (Hrsg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas: Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Basel u.a.: Birkhäuser, S. 10–34 **II** **Häußermann**, Hartmut; 1995: Von der »sozialistischen« zur »kapitalistischen« Stadt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/95, S. 3–15 **II** **Häußermann**, Hartmut; 1996: Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus. In: ders.; Neef, Rainer (Hrsg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 5–47 **II** **Häußermann**, Hartmut; **Siebel**, Walter; 1985: Die Chancen des Schrumpfens: Plädoyer für eine andere Großstadtpolitik. In: Die Zeit v. 22. März 1985, S. 33–37 **II** **Häußermann**, Hartmut; **Siebel**, Walter; 1986a: Restrukturierung der Produktion und die Konsequenzen für die Städte. In: Thien, Hans-Günter; Wienold, Hanns (Hrsg.): Herrschaft, Krise, Überleben: Gesellschaft der Bundesrepublik in den 80er Jahren. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot, S. 13–24 **II** **Häußermann**, Hartmut; **Siebel**, Walter; 1986b: Neue Entwicklungstypen von Großstädten. In: Stadtbauwelt. H. 36, S. 1355–1361 **II** **Häußermann**, Hartmut; **Siebel**, Walter; 1988: Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 29. Sonderheft, S. 78–94 **II** **Häußermann**, Hartmut; **Siebel**, Walter; 2000: Neue Entwicklungstypen von Großstädten. In: Hager, Frithjof; Schenkel, Werner (Hrsg.): Schrumpfung: Chancen für ein anderes Wachstum. Berlin: Springer, S. 75–85 **II** **Kil**, Wolfgang; 2001: Überflüssige Städte? Im Osten wird der Leerstand bekämpft, doch der Wohnungsmarkt ist nicht das Problem. In: Kommune, 19. Jg., H. 9, S. 6–10 **II** **Kohl**, Sybill u.a.; 2002: Verlassene Stadt. Architektur- und Stadtführer Ostdeutschland, Band 1. Katalog zur Ausstellung »Verlassene Stadt« in der Galerie Kamm Berlin v. 18.7–3.8.2002 **II** **Kommission 2002**: Schlussbericht der Enquete-Kommission »Demographischer Wandel

– Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik«. Deutscher Bundestag – Drucksache 14/8800, März **II** **Krautzberger**, Michael; 2001: Wohnungsleerstand und Rückbau: die ostdeutsche Stadtentwicklung. In: Raum, H. 44, S. 40–43 **II** **Land**, Rainer; 2000: Von der LPG zur Agrar-Fabrik – Ein Literaturbericht. In: Berliner Debatte INITIAL, 11. Jg., Heft 5/6, S. 204–218 **II** **Lütke Daldrup**, Engelbert; 2001: Die perforierte Stadt. Eine Versuchsanordnung. In: Stadtbauwelt 150 (Bauwelt Nr. 24), 92. Jg., S. 40–45 **II** **Lutz**, Burkart; **Grünert**, Holle; 2001: Beschäftigung und Arbeitsmarkt. In: Bertram, Hans; Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske + Budrich, S. 133–162 **II** **Lutz**, Burkart; **Grünert**, Holle; 1996: Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989–1993. In: ders. u.a. (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Opladen: Leske + Budrich, S. 69–120 **II** **Menge** Wolfgang; 1998: Flächennutzungsstruktur. In: Eckart, Karl u.a. (Hrsg.): Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Berlin: Duncker & Humblot, S. 159–177 **II** **Offe**, Claus; 1986: Die Utopie der Null-Option. In: Berger, Johannes (Hrsg.): Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren; Soziale Welt, Sonderband 4, S. 97–117 **II** **Pollack**, Peter; 1999: Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«, Bd. III/2. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 1429–1499 **II** **Scherf**, Konrad; 1998: Siedlungsstruktur. In: Eckert, Karl u.a. (Hrsg.): Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Berlin: Duncker & Humblot, S. 179–209 **II** **Schmidt**, Rudi; 2001: Restrukturierung und Modernisierung der ostdeutschen Industrie. In: Bertram, Hans; Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske + Budrich, S. 163–193 **II** **Standortkonzept 2001**: Das neue Standortkonzept der Bundeswehr. In: Informationen aus der Forschung der BBR (Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung, Nr. 3, Juli. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, S. 9. **II** **Werner**, Frank 1985: Die Raumordnungspolitik der DDR. Hannover: Curt R. Vincentz Verlag.

Stilllegungsprämie

Planerische Strategien, kulturelle Erfahrungen und Perspektiven in den schrumpfenden Städten Ostdeutschlands

Von Wolfgang Kil

Wolfgang Kil, geb. 1948 in Berlin, studierte Architektur und arbeitete als Projektant im WBK Berlin (Ost). Seit 1978 ist er Redakteur und Autor von Fachpublikationen. W. Kil lebt als freier Architekturkritiker und Publizist in Berlin. 1997 erhielt er den Kritikerpreis des BDA (Bund Deutscher Architekten) und 2002 den Journalistenpreis des Märkischen Presse- und Wirtschaftsclubs. Letzte Buchpublikationen: **Gründerparadiese**. Vom Bauen in Zeiten des Übergangs, Berlin 2000. **Neue Landschaft**. Sachsen (Hrsg.), Dresden 2001 Kontakt: w.kil@gmx.de

Seit das Thema nicht mehr länger zu ignorieren ist, sind die Zahlen in aller Munde: demnächst anderthalb Million leere Wohnungen in Ostdeutschland. Vor zwei Jahren hatte eine Regierungskommission die Daten als sozialpolitische Zeitbombe veröffentlicht und vorgeschlagen, bis zu vierhunderttausend Wohnungen »vom Markt zu nehmen«. Inzwischen ist ein milliardenschweres Regierungsprogramm »Stadtumbau-Ost« in Gang gesetzt, das mit massiver öffentlicher Förderung von Abrissen der akuten Krise auf den ostdeutschen Wohnungsmärkten begegnen will.

Doch abgesehen davon, dass die bislang eingeplanten Finanzmittel allenfalls für eine Vernichtung von etwa einem Viertel der überzähligen Wohnungsbestände ausreichen¹ – die Krise der ostdeutschen Städte wird sich als allein wohnungspolitisches Problem weder erklären noch lösen lassen: Erstens ist der Leerstand kein direkter Reflex auf die in Verruf gebrachte »Plattenästhetik«². Zweitens dürfte der immer wieder herbeizitierte Nachholbedarf an Eigenheimen, vom Berliner Umland einmal abgesehen, nach einem Jahrzehnt ausgebliebenen »Aufschwungs Ost« weithin gedeckt sein; die Bewohnerverluste gehen aber ungehemmt weiter.³ Drittens lässt sich die Entleerung ostdeutscher Städte mit allgemeinen demographischen Tendenzen oder dem extremen Geburtenknick nach der »Wende« nur ungenügend begründen; dieser – der eigentliche demographische – Entvölkerungsschub kommt überhaupt erst noch auf uns zu.

Die Krise der ostdeutschen Städte sollte als ökonomisch bedingtes Transformationsmuster erkannt sowie als mögliches Signal für das Ende einer Epoche interpretiert werden. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatte die industrielle Revolution wahre Völkerwanderungen auf die Suche nach Arbeit kreuz und quer durch Europa geschickt. Um das neu entstehende Proletariat zu behausen, waren zahllose Städte aus ihrer mittelalterlichen Beschränktheit gerissen und den neuen Produktions- und Konsumbedürfnissen angepasst worden. Nun haben, jedenfalls in Mitteleuropa, die auf Industriearbeit zugerichteten Lebenswelten ihre Schuldigkeit getan, was ihre neuerliche Verwandlung mit Sicherheit erwarten lässt.

¹ Bohne 2002

² In vielen signifikant betroffenen Städten wie Leipzig, Halle oder Görlitz sind es vorrangig die Alt- und Innenstädte, die Sorgen bereiten.

³ Herfert 2002